

Restschuldbefreiung? Was ist das eigentlich?

von Dipl. Wirtschaftsjurist Tobias Hartwig MBA

Schon § 1 S. 2 InsO regelt, dass dem redlichen Schuldner Gelegenheit gegeben wird, sich von seinen restlichen Verbindlichkeiten zu befreien. Die InsO erlaubt daher für natürliche Personen eine vollständige Befreiung von ihren Verbindlichkeiten, ohne dass die vom Schuldner zu leistenden Zahlungen ins Verhältnis zu den Verbindlichkeiten des Schuldners gesetzt werden.¹ Gemeint ist der „redliche Schuldner“. Diesem soll eine zweite Chance im Leben eingeräumt werden, die zu einem Neubeginn führen soll. Dabei ist der Begriff der Redlichkeit im Gesetz nachfolgend nicht weiter geregelt. Tatsächlich enthält die Insolvenzordnung nämlich einzelne Verhaltensanforderungen (auch für die Vergangenheit), die in den §§ 287b, 290, 295 – 297a und 303 InsO geregelt sind.²

Die Restschuldbefreiung ist geregelt im 9. Teil der Insolvenzordnung. Demzufolge wird gem. § 286 InsO einer natürlichen Person die Gelegenheit gegeben, sich nach Maßgabe der §§ 287 – 303a InsO von den Verbindlichkeiten gegenüber den Insolvenzgläubigern zu befreien.

Dies setzt voraus einen (schriftlichen) Antrag des Schuldners gem. § 287 Abs. 1 InsO. Zwingende Voraussetzung ist hier dabei gem. Abs. 1 S. 3, dass der Schuldner dem Antrag eine Erklärung beifügt, ob ggf. ein Fall des § 287a Abs. 2 S. 1 Nr. 1 oder 2 InsO vorliegt, wonach der Antrag des Schuldners auf Restschuldbefreiung unzulässig wäre. Das betrifft Schuldner, die in den letzten 11 (bzw. 10 gem. Art. 103k Abs. 3 EGIInsO) Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag Restschuldbefreiung erteilt worden ist oder die Restschuldbefreiung in den letzten fünf Jahren vor dem Eröffnungsantrag oder nach diesem Antrag gem. § 297 InsO versagt wurde (Nr. 1). In der Alternative (Nr. 2) ist die Restschuldbefreiung unzulässig, wenn dem Schuldner in den letzten drei Jahren vor dem Eröffnungsantrag oder nach diesem Restschuldbefreiung nach § 290 Abs. 1 Nr. 5, 6 oder 7 bzw. nach

§ 296 InsO versagt worden ist. Das bedeutet also, dass die Verletzung von insolvenzrechtlichen Obliegenheiten im Sinne von Auskunfts- oder Mitwirkungspflichten und insoweit abzugebenden Erklärungen des Schuldners als auch dessen Erwerbsobliegenheiten gem. § 287b InsO und auch Verstöße gegen Obliegenheiten in der Wohlverhaltensperiode weniger schwer geahndet werden als z.B. im Zusammenhang mit Insolvenzstraftaten. Das ist konsequent und auch richtig.

Weitere zwingende Voraussetzung ist die Abtretung des Pfändungseinkommens des Schuldners für die gesamte Laufzeit des Insolvenzverfahrens für drei Jahre (Abtretungsfrist) gem. § 287 Abs. 2 InsO.

Handelt es sich um ein Eröffnungsverfahren, das aufgrund eines oder mehrerer Gläubigeranträge initiiert worden ist, so erhält der Schuldner nur für den Fall Restschuldbefreiung, als dass er seinen Eigenantrag rechtzeitig vor der Eröffnung des Verfahrens gestellt hat. Ab der Eröffnung des Insolvenzverfahrens kann der Schuldner einen solchen Antrag nicht mehr stellen, sein Eigenantrag wäre unzulässig.³ Ist der Antrag zulässig gestellt, so hat das Insolvenzgericht durch Beschluss festzustellen, dass der Schuldner Restschuldbefreiung erlangt, sofern er seinen Pflichten in dem Verfahren nachkommt und auch die Voraussetzungen für die



Dipl.-Wirtschaftsjur. (FH) Tobias Hartwig MBA ist Partner bei Schultze & Braun, seit über 20 Jahren in der Restrukturierungsbranche tätig und wird von div. Gerichten als Insolvenzverwalter bzw. Sachwalter bestellt. Er ist Lehrbeauftragter für Insolvenzrecht an der Hochschule für Rechtspflege Nord sowie Autor zum Insolvenzrecht u.a.

¹ Braun, Insolvenzordnung, § 1 Rn. 10

² Römermann/Becker, InsO, § 1 Rn. 14

³ Braun, Insolvenzordnung, § 287 Rn. 5; BGH NZI 2008, 509

Versagung gem. §§ 290, 297 – 298 InsO nicht gegeben sind.

Mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens beginnt dann die sogenannte „Erwerbsobliegenheit“ des Schuldners. § 287b InsO meint insoweit eine angemessene Erwerbstätigkeit. Geht der Schuldner keiner Erwerbstätigkeit nach, so muss er sich ernsthaft und stetig um eine angemessene Erwerbstätigkeit bemühen und seine Bemühungen auch von sich aus nachweisen.¹ Damit ist die Verpflichtung des Schuldners verbunden, unter Berücksichtigung familiärer Verpflichtungen, sich selbst aktiv um einen Arbeitsplatz zu bemühen. Dabei darf der Schuldner auch berufsfremde oder auswärtige Arbeiten nicht ablehnen.² Dabei kommt es nicht etwa auf sozialrechtliche Bestimmungen an. Denn es kommt in einem Insolvenzverfahren nicht darauf an, ob der Schuldner den Maßgaben gerecht wird, unter denen er Sozialleistungen beziehen kann. Vielmehr liegt die Messlatte im Insolvenzverfahren deutlich höher. Der Schuldner hat 2–3 Bewerbungsbemühungen pro Woche zu unternehmen.³

Als Insolvenzverwalter ist man durchaus in der Lage, zu prüfen, ob der Schuldner eine angemessene Erwerbstätigkeit ausübt. Er hat dies auch im Rahmen seines Berichtswesens zu thematisieren. So kann auch zumindest eine grobe Überprüfung insoweit erfolgen, dass Ausbildung und Beruf des Schuldners, als auch dessen beruflicher Erfahrungshorizont in den üblichen „Job-Portalen“ einer Überprüfung zu unterziehen ist. Insoweit lässt sich ein aktuelles Stellen-Angebot, gefiltert nach Qualifikation und regionaler Ausrichtung, zeitnah und transparent ermitteln.

Verhält es sich so, dass der Schuldner (selbst) seine Aussichten, eine entsprechende Stelle zu bekommen, als schlecht beurteilt oder jedenfalls meint, ohnehin kein Pfändungseinkommen erzielen zu können, so ist ihm aus diesem Grunde die Restschuldbefreiung zu versagen, weil er durch den Verzicht auf eine Bewerbungstätigkeit jedenfalls die Chance auf eine Gläubigerbefriedigung von vornherein unmöglich gemacht hat.⁴ Anders verhält es sich, wenn feststeht, dass der Schuldner aufgrund seines Ausbildungs- bzw. Berufshintergrunds, Krankheiten

oder eines hohen Lebensalters definitiv nicht in der Lage wäre, eine entsprechende Tätigkeit zu finden, mit der er Pfändungseinkommen erzielen könnte, so ist dies allein kein Grund zur Versagung der Restschuldbefreiung.⁵

Neben der Erwerbsobliegenheit gem. § 287b InsO hat der Schuldner in dem (eröffneten) Insolvenzverfahren bestimmte Obliegenheiten bzw. Voraussetzungen zu erfüllen, da ansonsten gem. § 290 InsO die Versagung der Restschuldbefreiung droht

Die Obliegenheiten des Schuldners gem. § 295 InsO beziehen sich auf den Zeitraum „zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist“, also ist der Zeitraum der sogenannten „Wohlverhaltensperiode“ gemeint.

Ein Verstoß gegen diese Obliegenheiten führt gem. § 296 InsO auf Antrag eines Insolvenzgläubigers zur Versagung der Restschuldbefreiung.

Des Weiteren versagt das Insolvenzgericht die Restschuldbefreiung auf Antrag eines Insolvenzgläubigers, wenn der Schuldner in dem Zeitraum zwischen Schlusstermin und Aufhebung des Insolvenzverfahrens oder in der „Wohlverhaltensperiode“ wegen einer Insolvenzstraftat zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten verurteilt wird, § 297 InsO. Nach § 297a InsO kann unter Umständen auch eine nachträgliche Versagung erfolgen. Auch die Nichtdeckung der Treuhändervergütung kann in Verfahren ohne Stundung zu einer Versagung führen.

Ist die Abtretungsfrist regulär abgelaufen, wird das Insolvenzgericht über die Erteilung der Restschuldbefreiung gem. § 300 InsO durch Beschluss entscheiden. § 300 Abs. 2 InsO regelt, dass das Gericht auf Antrag des Schuldners schon vor Ablauf der Abtretungsfrist über die Erteilung der Restschuldbefreiung entscheidet in den Fällen, in denen in dem Verfahren keine Forderungen angemeldet oder die Insolvenzforderungen befriedigt worden sind und der Schuldner die Kosten des Verfahrens sowie etwaige, sonstige Masseverbindlichkeiten gezahlt hat.

¹ K. Schmidt/Henning, InsO, § 295 Rn. 17

² BeckOK InsR/Riedel, InsO, § 287b Rn. 4

³ BGH NZI 2012, 852

⁴ BeckOK InsO/Riedel, InsO, § 287b Rn. 12

⁵ BeckRS 2010, 13974

Eine positive Entscheidung über die Restschuldbefreiung wird dann ergehen, wenn die Fristen abgelaufen sind und kein Versagungsantrag gestellt wurde oder ein solcher abgewiesen worden ist.¹

Für die Entscheidung über die Versagung der Restschuldbefreiung auf einen Gläubigerantrag hin, ist der Richter gem. § 18 Abs. 1 Nr. 3 RPflG zuständig, andernfalls der Rechtspfleger.

Ist die Restschuldbefreiung erteilt, so wirkt sie gem. § 301 Abs. 1 InsO gegen alle Insolvenzgläubiger, also auch diejenigen, die keine Forderungen in dem Verfahren angemeldet hatten. Durch die Erteilung einer Restschuldbefreiung verliert der Gläubiger zwar nicht seine Forderung, er kann sie aber nicht mehr gegen den Schuldner durchsetzen (was zu dem gleichen Ergebnis führt). Von der Erteilung der Restschuldbefreiung ausgenommen sind gem. § 302 InsO sog. „Forderungen aus unerlaubter Handlung“, Geldstrafen und Verbindlichkeiten iSd § 39 Abs. 1 Nr. 3 InsO sowie Darlehensverbindlichkeiten des Schuldners, die der Verfahrenskostendeckung dienen.

Eine erteilte Restschuldbefreiung kann schließlich auch unter den Voraussetzungen des § 303 InsO widerrufen werden.

Vorträge zur Restschuldbefreiung:

Herzlich Willkommen –Grundlagen RSB-Verfahren

am 11.9.2024, online bei AGV Seminare

RSB-SB Insolvenzsachbearbeitung im Restschuldbefreiungsverfahren (Einsteiger)

am 16.9.2024, online bei AGV Seminare

RSB-SB Insolvenzsachbearbeitung im Restschuldbefreiungsverfahren (Fortgeschrittene)

am 17.9.2024, online bei AGV Seminare

(Ver)Sag doch mal die Restschuldbefreiung – Versagungsanträge und die Rolle des Insolvenzverwalters/Treuhänders?

am 19.9.2024, online bei AGV Seminare

Probleme rund um § 302 InsO – Forderungsanmeldung vorsätzlich unerlaubte Handlung

am 20.9.2024, online bei AGV Seminare

Wann sehen wir uns wieder – Der Drehtüreffekt (Sperrfristen und weitere Probleme nach Erteilung der RSB wie bestehende Pfändungen und ausgenommene Forderungen)

am 20.9.2024, online bei AGV Seminare

MfG, die RSB – Was hat der Insolvenzverwalter/Treuhänder eigentlich mit der Restschuldbefreiung zu tun?

am 27.9.2024, online bei AGV Seminare

Zertifizierte/r Sachbearbeiter:in Verbraucherinsolvenzen und Restschuldbefreiung

22. bis 25.10.2024, online bei RWS-Seminare

¹ Braun, Insolvenzordnung, § 300 Rn. 10.